Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpf. Alle Postanstalten, Boten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Nonpareillezeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 263. — 87 Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 10. November 1928

Kommen und Gehen.

Sterben unter den Regierungen. — Der Mann ohne Liebe. Eine geschäftstüchtige Familie.

Als hätten sie alle miteinander geheime Verabredungen getroffen, im November, im Monat der beginnenden Winterstürme, anderen Männern Platz zu machen, so ist plötzlich in diesen Tagen in einer ganzen Reihe von Ländern das große Sterben unter den Regierungen ausgebrochen.

An erster Stelle natürlich ist zu nennen Herr Poincaré, der seit fast zweieinhalb Jahren eine ziemlich unumschränkte Herrschaft in der Französischen Republik ausüben durfte und nun das erste Anzeichen einer gewissen Herabminderung seines übermächtigen parlamentarisch-politischen Einflusses mit sofortiger Einreichung seines Entlassungsgesuches beantwortet hat. Gewiß ein ganzer Kerl, dieser Advokat aus dem Lothringer Land, der, ohne auch nur einen Augenblick zu zögern, mißgünstigen Parteiführern den Fehdehandschuh ins Gesicht wirft, weil er sich zu groß und zu stolz dünkt, als daß er seine wohlüberlegte Etats- und Reparationspolitik unberechenbaren Einfällen machtlüsterner Gegner überlassen könnte. Auch seine Feinde müssen zugeben, daß er auf allerhand sehr wesentliche Erfolge für Frankreichs Ansehen und Wohlergehen hinweisen kann, und daß ihm deshalb, wenn er kürzlich den Finanzausschuß der Kammer herunterputzte wie eine Versammlung von dummen Jungen, weil er ihm seine Statsfinanzierung in verschiedenen Punkten verschlimmbessern wollte, mildernde Umstände von wesentlicher Bedeutung zur Seite stehen. Jetzt ist der Weg frei für neue Kombinationen. Soviel muß man Poincaré jedenfalls zugestehen: er ist ein Mann, der zu seinen Worten steht und nicht morgen „nein" sagt, wenn er gestern „ja" gesagt hat. Er ist allerdings auch ein Mann, der Respekt genießt, viel Respekt sogar, nur keine Liebe, und dem man deshalb seine Mißerfolge, zum Beispiel im Elsaß, nur zu gern neben seinen unbestreitbaren Verdiensten auf's Butterbrot streicht. Wir Deutschen können ihm das Zeugnis nicht vorenthalten, daß wir seiner Klugheit, seiner Entschiedenheit und seinem unversöhnlichen Wesen ein recht stattliches Teil unseres nationalen Unglücks zu verdanken haben.

*

Mit dem französischen Kabinett ist auch das rumänische Kabinett des Herrn Vintila Bratianu plötzlich in der Versenkung verschwunden. Ein Wurm, der nicht sterben wollte, darf man vielleicht von dieser ungemein geschäftstüchtigen Familie sagen, die es verstanden hatte, das Schicksal eines ganzen Landes mit ihren eigensten Haus- und Vermögensinteressen fast untrennbar zu verbinden. Nun soll doch die Probe aufs Exempel gemacht werden, ob es nicht auch ohne die Liberale Partei und ihren angestammten Führerkreis gehen mag, ob nicht eine unparteiische Beamtenregierung oder, wenn alle Stränge reißen, die im ganzen Lande verbreitete Bauernpartei den Retter aus der Not spielen könnte.

Rumänien ist in der Nachkriegszeit nicht sonderlich vom Glück begünstigt worden. Es hatte wirtschaftlich schwer um seine Lebensbedingungen zu kämpfen und die Tatsache, daß zurzeit an Stelle des Königs ein mehrköpfiger Regentschaftsrat die Geschäfte des Landes zu leiten hat, kommt natürlich in erster Reihe den Elementen zugute, die ihr eigenes Wohl nicht immer hinter das Beste des Vaterlandes zurückzustellen pflegen. Auch hier weiß man wohl, was man an den abgehenden Machthabern verliert, ohne mit Sicherheit darauf bauen zu können, daß ihre Nachfolger bessere Politik zu machen verstehen werden. Aber wenn Frankreich sich den Luxus einer unerwarteten Ministerkrise erlauben kann, warum soll sein gehorsamer Vasallenstaat an der unteren Donau sich nicht auch von einer Seite auf die andere werfen? Nur ein Welschen noch und von den Polen und von den Tschechoslowaken werden uns vielleicht ähnliche politische Schauspiele geboten werden. Vorläufig ist in Portugal, das ja wohl gegenwärtig noch einen Diktator an der Spitze des Staates amtieren sieht, die Regierung gestürzt, und schließlich hat auch das Kabinett der Südafrikanischen Union mit dem bekannten General Herzog an der Spitze sein Amt niedergelegt aus Gründen, in die anscheinend die wohl unüberwindliche Abneigung der Buren gegen das zum Teil auch bereits von den europäischen Sendboten des Sozialismus erfaßte schwarze Element mit hineinspielt.

*

Schließlich geht auch Herr Coolidge und Herr Hoover wird ihn ersetzen. Damit haben die Vereinigten Staaten abermals für vier Jahre Ruhe bekommen und die Sicherheit, daß sich in dieser Zeit in ihren politischen Verhältnissen und Machtverteilungen nichts ändern wird. Mit dem Einzug eines neuen Republikaners in das Weiße Haus ist auch die Fortdauer der republikanischen Politik für die gleiche Zeit gewährleistet. Regierungskrisen außerhalb des durch die Präsidentenwahl ermöglichten Wechsels sind den Amerikanern eine unbekannte Sache. Herr Hoover kann von dem glänzenden Sieg, den er, ein hundertprozentiger Mann, wie er im Buch steht, erfochten hat, um so entschiedeneren Gebrauch machen, als er nicht nur seiner Person, sondern auch der Republikanischen Partei als solcher gutzuschreiben ist. Dr. Sy.

Um die Rechtsgültigkeit des Schiedsspruches

Das Umsichgreifen des Arbeitskonflikts.

Vor einer Regierungserklärung.

Am Montag tritt der Reichstag zusammen und auf der Tagesordnung seiner ersten Sitzung steht die Beratung jener Anträge und Interpellationen über die Riesenaussperrung im Industriegebiet, die von mehreren Parteien eingebracht worden sind. Der Reichsarbeitsminister Wissell wird von der Regierungsbank aus zu diesen Anträgen und Interpellationen namens des gesamten Kabinetts eine Erklärung abgeben. Über die Entwicklung im Ruhrgebiet hatte der Reichsarbeitsminister eine längere Aussprache mit dem Reichskanzler.

Die Reihe der Interpellationen der Reichstagsfraktionen schließt jetzt eine Resolution der Zentrumspartei, die in einer besonderen Sitzung gefaßt wurde und sich entschieden für ein sofortiges Eingreifen der Reichsregierung ausspricht.

Arbeitsgerichtstermin schon Montag.

Die Verhandlung vor dem Arbeitsgericht in Duisburg über die Feststellungsklage des Arbeitgeberverbandes der nordwestlichen Gruppe ist auf Montag, den 12. November, vorverlegt worden. Diese Maßnahme ist offenbar auf Veranlassung des Reichsarbeitsministers erfolgt.

Holland und der nordwestdeutsche Arbeitskonflikt.

Rotterdam. Der Arbeitskonflikt in der nordwestdeutschen Eisenindustrie beginnt sich bereits im Rotterdamer Hafen deutlich fühlbar zu machen. Die deutschen Hüttenwerke haben Auftrag gegeben, daß die in Rotterdam für sie eintreffenden Erzzufuhren nicht nach Deutschland durchgesandt, sondern in Rotterdam aufgestapelt werden. Die Vereinigten Stahlwerke legen ihre Erzvorräte in Vlaardingen auf Lager. Die von Narvik ausgehende Versendung schwedischer Erze wird vorläufig fortgesetzt werden. Dagegen sollen die aus anderen Plätzen zu erwartenden Verschiffungen soweit wie möglich eingeschränkt werden.

*

Zuspitzung im Eisenkonflikt.

Der Ernst der Lage.

Aus Anlaß des Ernstes der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage und der Aussperrung der Metallarbeiter werden sich die Mitglieder der Düsseldorfer städtischen Verwaltung in den nächsten Wochen von allen öffentlichen und nach Möglichkeit auch von privaten Festlichkeiten fernhalten. Nach vorsichtigen Schätzungen dürften sich die Mittel der Stadt Düsseldorf für die Unterstützung der ausgesperrten Metallarbeiter pro Woche auf 650 000—700 000 Mark stellen. 34 000 Arbeiter sind in Düsseldorf ausgesperrt. Mit Einschluß ihrer Familienangehörigen dürfte sich die Zahl der durch die Aussperrung in Mitleidenschaft gezogenen auf rund 80 000 bis 85 000 Personen stellen.

In Essen fand im Städtischen Saalbau eine von der Kommunistischen Partei einberufene große Versammlung der Ausgesperrten statt, bei der Reichstagsabgeordneter Thälmann zur Lage sprach. Im Anschluß daran zog ein sehr langer Demonstrationszug unter Vorantritt von Musik und unter Absingen der Internationale in voller Ordnung durch die Straßen der Stadt nach dem Krupp'schen Viertel.

Die auf den 27. November nach Essen einberufene Hauptversammlung der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller ist mit Rücksicht auf die noch ungeklärte Lage der Lohnstreitigkeiten im Gebiet bis auf weiteres ausgesetzt worden.

Neue Lohnkämpfe und Kündigungen.

Der Arbeitgeberverband der Bielefelder Metallindustrie hat die Lohnforderungen der Gewerkschaften abgelehnt. Da die Gewerkschaften mit dem Vorschlag der Arbeitgeber auf Beibehaltung der bestehenden Lohnsätze nicht einverstanden sind, soll auch für die Bielefelder Metallindustrie die Entscheidung des staatlichen Schlichtungsausschusses angerufen werden. Auch für die Arbeitnehmer in der Textilindustrie haben die Gewerkschaften wesentliche Lohnerhöhungen bis zu zwanzig Prozent gefordert.

Infolge der Aussperrung in der Arbeitgebergruppe Nordwest und wegen des voraussichtlichen Stockens der Rohstoffzufuhr hat sich der Eschweiler Bergwerksverein gezwungen gesehen, für seine Hüttenabteilung die Stillegung zum 1. Dezember 1928 zu beantragen. Die Verwaltung erklärt hierzu, daß es sich nur um eine Sicherheitsmaßnahme handele, die zurückgezogen werden würde, sobald der Rohstoffbezug wieder gesichert sei.

In der Rheinschiffahrt ist es als Folge des Arbeitskampfes in der nordwestlichen Gruppe bereits zu Kündigungen von Schiffspersonal gekommen. Mit Rücksicht auf die nachlassenden Erzankünfte im Dortmunder Bezirk und die geringen Eisenverschiffungen plant der Hafenbetriebsverein Dortmund größere Entlassungen von Hafen- und Transportarbeitern.

Zur Unterstützung der ausgesperrten Arbeiter.

Der sozialdemokratische Parteivorstand im Reichstag hat einen „Initiativgesetzentwurf zur Unterstützung der zu Unrecht ausgesperrten Arbeitnehmer" eingebracht. Der Entwurf bestimmt: „Arbeitslose, deren Arbeitslosigkeit durch eine inländische Aussperrung verursacht ist, die zur Abänderung oder Beseitigung eines freiwillig geschlossenen Tarifvertrages oder eines für verbindlich erklärten Schiedsspruches vorgenommen wird, erhalten eine Unterstützung, ohne Rücksicht auf ihre Anwartschaft. Ein für verbindlich erklärter Schiedsspruch gilt als rechtswirksam im Sinne dieses Gesetzentwurfes ohne Rücksicht auf die schwebenden Rechtsstreitigkeiten. Die dazu erforderlichen Mittel sollen der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung vom Reich zur Verfügung gestellt werden. Die Arbeitgeber, die in solchen Fällen an der Aussperrung beteiligt sind, werden zum Ersatz der aufgewandten Mittel verpflichtet." Das beantragte Gesetz soll rückwirkende Kraft vom 15. Oktober 1928 ab erhalten.

„Graue Not droht!"

Wenn durch einen Wirtschaftskampf wie den gegenwärtigen in der Eisenindustrie für Hunderttausende von Familien graue Not droht, die Grundlagen deutscher Wirtschaft erschüttert und die innere Befriedung unseres Volkes auf das schwerste gefährdet wird, kann eine Kirche, will sie wirklich ihre religiös-sittliche Aufgabe gegenwartsnahe erfüllen, nicht schweigen. Darum haben sich die evangelischen Kirchen Rheinlands und Westfalens in einem Schreiben an die Reichsregierung gewandt und deren Einschreiten in dem Eisenkonflikt als ein Gebot der Stunde gefordert. Die evangelische Kirche des betroffenen Gebietes regt an, daß wirtschaftlich erfahrene, das Vertrauen beider Parteien besitzende Persönlichkeiten neue Verhandlungen versuchen.

Stresemann zu Deutschlands Wiederaufstieg.

Sachliche, bewußte Arbeit.

In einem Leipziger Blatt veröffentlicht der Reichsaußenminister Dr. Stresemann eine Betrachtung zu dem jetzt wiedergekehrten Tage der politischen Umwälzung in Deutschland. Der Minister schreibt u. a.:

„Man zitiert in diesen Tagen viel ein Wort Bismarcks, der davon sprach, daß Deutschland nach einem unglücklichen Kriege wieder groß werden könnte, dann aber allerdings nur auf dem Boden der Republik. Wir können heute nur davon sprechen, daß die Entwicklung eine vorwärtsstrebende war, dürfen sagen, daß die Zeit von 1918 bis 1923 wie ein wüster Traum hinter uns liegt. Wir müssen mit längeren Zeiten rechnen, wenn wir die Auswirkung der neuen Zeit sehen wollen. Der große Kanzler des alten Reiches hatte eine beinahe visionäre Art, in die Zukunft zu sehen. Hoffen wir, daß auch das Wort von der Größe, zu der das republikanische Deutschland nach dem verlorenen Kriege kommen würde, sich bewahrheiten möge. Seien wir uns aber klar darüber, daß weder träumende Resignation noch überschäumende Kraft der Worte da, wo tatsächliche Kräfte fehlen, uns dahin bringen werden, sondern nur die sachliche, bewußte Arbeit eines ganzen Geschlechts."

Die Reform der Reichsverfassung.

Weiterführung der Länderkonferenzbeschlüsse.

Am 24. Oktober hat die in Berlin versammelte Länderkonferenz die Einsetzung zweier Unterausschüsse beschlossen. Diese Unterausschüsse sind zur Festsetzung des nächsten Arbeitsprogramms durch den Reichsminister des Innern nach Berlin einberufen worden.

Dem ersten Unterausschuß für die Frage der territorialen Umgliederung des Reichs gehören an die Reichsminister Dr. Curtius, Koch-Weser, von Guérard, Prof. Dr. Triepel, Staatssekretär z. D. Dr. Busch, Ministerialdirektor Dr. Brecht, Ministerpräsident Dr. Held, Staatspräsident Dr. Bolz, Staats- und Ministerpräsident Dr. Adelung, Bürgermeister Dr. Petersen, Ministerpräsident Deist. Dem zweiten Unterausschuß für die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern und die Frage einer Auftragsverwaltung neben der landeseigenen Verwaltung gehören an die Reichsminister Dr. Hilferding, Koch-Weser, Schätzel, Prof. Dr. Anschütz, Dr. Brüning (M. d. R.), Ministerialdirektor Dr. Brecht, die Ministerpräsidenten Dr. Held,

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF